



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auf das Jahr 2006 können wir mit Stolz zurückblicken. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt wurde die CDU unter der Führung der Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger und Wolfgang Böhmer eindrucksvoll als Regierungspartei bestätigt. In Mecklenburg-Vorpommern kehrte die CDU mit ihrem Vorsitzenden Jürgen Seidel in die Regierungsverantwortung zurück. In Berlin und Rheinland-Pfalz wurden unter der Regie von Friedbert Pflüger und Christian Baldauf die Weichen für eine erfolgreiche Oppositionsarbeit gestellt. Bei den Kommunalwahlen in Hessen löste die CDU die SPD als stärkste Kraft ab, die Kommunalwahlen in Niedersachsen gewann die CDU mit deutlichem Vorsprung.

Und auch auf Bundesebene zeigt sich deutlich die Handschrift der Union. Zwar konnten nicht alle Probleme auf einmal angepackt werden, auch verliefen einige Debatten kontroverser als wir uns das manchmal gewünscht hätten. Tatsache ist jedoch: Bereits nach ▶

► dem ersten Jahr Großer Koalition unter Führung der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Angela Merkel, steht Deutschland besser da als zuvor.

Wirtschaftswachstum: In diesem Jahr haben wir das höchste Wirtschaftswachstum seit fünf Jahren. Das Wachstum ist mehr als doppelt so hoch wie noch in 2005. Das ist nicht zuletzt ein Erfolg unseres konsequenten Handelns. Und wir machen weiter: Im nächsten Jahr sinkt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte. So stellen wir die Weichen für mehr Nettoeinkommen und zusätzliche Arbeitsplätze.

Jobmotor: Die Zahl der Arbeitslosen ist unter vier Millionen gesunken. Das sind über eine Million Arbeitslose weniger als noch im Februar 2006! Was genauso wichtig ist: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist um über 315 000 gegenüber dem letzten Jahr gestiegen. Nach sieben Jahren Rot-Grün mit immer neuen Negativrekorden ist das für die Menschen ein Hoffnungszeichen. Der Jobmotor läuft!

Familienunterstützung: Ab 2007 helfen wir jungen Familien mit dem Elterngeld. Außerdem gibt es bereits verbesserte Möglichkeiten, Kinderbetreuungskosten steuerlich abzusetzen. Aber wir wollen nicht nur materielle Hilfen geben. Mit dem „Bündnis für Erziehung“ bieten wir Eltern an, sie bei der Erziehung zu unterstützen.

Forschungsförderung: Deutschland hat zum ersten Mal eine nationale Hightech-Strategie. Damit werden neue Ideen schneller zu neuen Produkten. Die Forschungsinvestitionen sind die höchsten seit der Wiedervereinigung.

Haushaltssanierung: Die Schuldenspirale ist gestoppt. Zum ersten Mal seit fünf Jahren erfüllen wir wieder die Maastricht-Kriterien. 2007 werden wir die geringste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung haben.

All das sind gute Nachrichten. Sie zeigen: Die CDU ist auf dem richtigen Weg. Besonders hat mich gefreut, dass von unserem Bundesparteitag in Dresden ein Signal der Geschlossenheit ausgegangen ist. So gehen wir gestärkt ins nächste Jahr, das ganz im Zeichen der Erneuerung unseres Grundsatzprogramms stehen wird.

Im Namen der CDU-Bundesgeschäftsstelle wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, erholsame Weihnachtstage und ein erfolgreiches Jahr 2007.

Dr. R. Pappe

Sehr geehrte Damen und Herren,

im nächsten Jahr können wir auf 60 Jahre UiD zurückblicken. Das Jubiläum nehmen wir zum Anlass, unserer parteiinternen Kommunikation ein moderneres Format zu geben. Ab dem Jahresbeginn 2007 konzentrieren wir den UiD auf vier Print-Ausgaben pro Jahr. Gleichzeitig ergänzen wir die gedruckte Fassung um den neuen „UiD-Newsletter“, der wöchentlich bis 14-tägig online erscheinen wird.

Zum Aufbau des Verteilers für den neuen UiD-Newsletter, der ab Januar 2007 an alle Funktions- und Mandatsträger verschickt wird, benötigen wir Ihre aktuelle E-Mail-Adresse.

Teilen Sie uns bitte die erforderlichen Daten über die Postkarte (Gebühr bezahlt Empfänger) mit, die Sie in der Mitte dieses Heftes finden. Sie können sich aber auch auf der Internetseite www.uid.cdu.de direkt anmelden.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre UiD-Redaktion

UID - Union in Deutschland - Microsoft Internet Explorer

http://www.uid.cdu.de/

UID UNION IN DEUTSCHLAND

Anmeldung zum UID-Newsletter.

Füllen Sie bitte alle Felder der rechten Spalte aus. Ihre Mitgliedsnummer finden Sie z.B. auf Ihrem CDU-Mitgliedsausweis.

Mitgliedsausweis

Die Mitgliedsnummer 0123-0-11111

Mitgliedsnummer
0123-0-11111

Die zehnstellige Mitgliedsnummer bitte ohne Zusatzzeichen (keine "-" und "X") eingeben, also beispielsweise "0123011111".

Vorname*

Nachname*

E-Mail*

Mitgliedsnummer*

Absenden

Sie haben Ihre Mitgliedsnummer nicht griffbereit? Kein Problem. Wir helfen Ihnen gerne. Rufen Sie einfach unsere Hotline an (Tel. 030 - 220 70 220) oder schreiben Sie eine E-Mail an uid.redaktion@cdu.de

* Pflichtfelder

© CDU Deutschlands | Tomacssum

Partei Internet

EU-Ratspräsidentschaft

Europa gelingt nur gemeinsam

Die unionsgeführte Bundesregierung will die deutsche EU-Präsidentschaft im nächsten Jahr nutzen, um das Ansehen der Europäischen Union zu verbessern.

Dabei werde die Bundesregierung verstärkt auf die jüngere Generation zugehen, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Treffen mit Spitzenvertretern von Gewerkschaften, Verbänden, Kirchen sowie aus Wissenschaft, Medien und Kultur zur Vorbereitung der deutschen Präsidentschaft im Bundeskanzleramt. In diesem Zusammenhang wies die Vorsitzende der CDU Deutschlands auf jüngste Umfragen hin, wonach 85 Prozent der Deutschen nicht wüssten, dass die Bundesrepublik zum 1. Januar 2007 den Vorsitz in der EU übernimmt. Und obwohl 70 Prozent der Befragten für den EU-Verfassungsvertrag seien, hätten nur sieben Prozent der Bürger eine Vorstellung von seinem Inhalt. Um die Kluft zwischen den Menschen und Europa zu verringern, sollen im Verlauf der deutschen EU-Präsidentschaft etwa 400 Veranstaltungen stattfinden. Höhepunkt



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kanzleramtsminister Thomas de Maizière

wird ein großes Bürgerfest am 25. März zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge sein.

Für den 22. Januar kündigte Angela Merkel einen Projekttag in den deutschen Schulen an. Vertreter der Bundesregierung sowie die Ministerpräsidenten der Länder und Abgeordnete des Bundestages, der Landtage und des Europäischen Parlaments würden dann mit den Schülern über Zukunftsthemen mit einem Bezug zu Europa – wie Friedenssicherung, die Gestaltung der Globalisierung und Klimaschutz – diskutieren.

Die Kanzlerin rief die mehr als 30 Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden, aus Wissenschaft und Kultur auf, die Vorteile der

EU wie die Gemeinschaftswährung Euro oder den dauerhaften Frieden wieder stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. „Wenn nicht die Multiplikatoren in unserem Land die Chancen Europas sehen, dann wird das nicht gelingen“, betonte Merkel. Hohe Zustimmungsraten zur Europäischen Union seien keine Selbstverständlichkeit. Vielmehr müsse die Entscheidung für Europa von jeder Generation neu begründet werden. Beispielsweise seien die vielen Vorteile der EU-Osterweiterung, wie wachsende Exportchancen, „überhaupt noch nicht durchgedrungen“. Europa sei ein Gemeinschaftsprojekt, das nur gelingen werde, wenn es die gesamte Gesellschaft mittrage.

„Farbe bekennen“ Neue Motive finden großen Anklang

Auf dem Bundesparteitag in Dresden haben sie für große Aufmerksamkeit gesorgt: die neuen Motive zur Mitgliederwerbekampagne „Farbe bekennen. Mitglied werden“. Nicht nur bei den Parteitagsteilnehmern sondern auch in den Medien stießen die Stellwände mit den insgesamt 18 (Jugend-)Fotos von CDU-Spitzenpolitikern auf positive Resonanz.

„Mit den Motiven wollen wir einen ungewohnten Blick auf einige von denen eröffnen, die heute in der CDU politisch Verantwor-

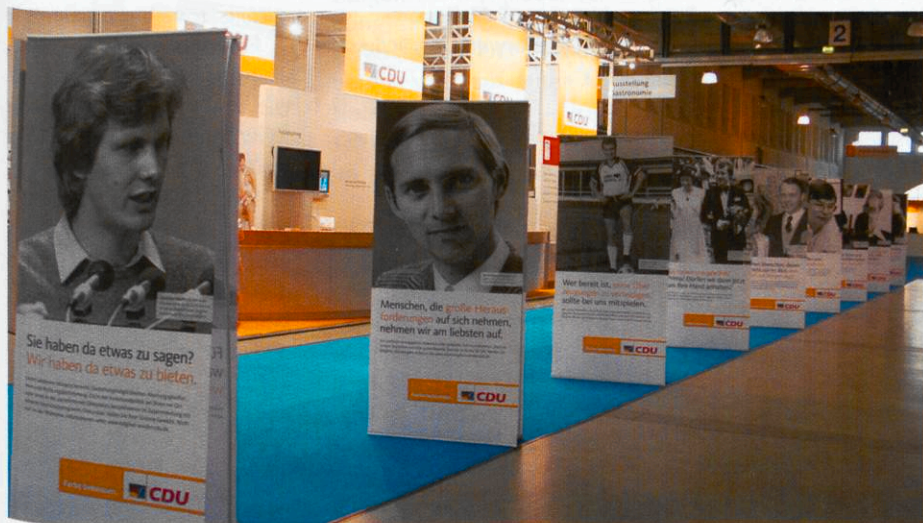
tung tragen“, sagt Ronald Pofalla, Generalsekretär und Schirmherr der Mitgliederwerbekampagne. Auch Pofalla ist mit einem Foto vertreten, das ihn mit langen Haaren und Baskenmütze beim Bettenbeziehen in einer Jugendherberge zeigt. „Jeder von uns hat seine individuelle Geschichte. Bei allen Unterschieden haben wir jedoch eines gemeinsam: Wir haben eines Tages Position bezogen und setzen uns seither für unsere Überzeugungen ein“, so Pofalla.

Um die neue Foto-Kampagne möglichst in unsere

gesamte Partei hineinragen und vor allem vielen potenziellen Neumitgliedern zugänglich machen zu können, bietet die Bundesgeschäftsstelle folgenden Service an:

■ Stellwände (Roll-ups)

Alle Motive, inklusive eines Überblick-Motivs, können als Stellwände (100 cm breit, 220 cm hoch) für Ausstellungen, Parteitage, Veranstaltungen etc. von der Bundesgeschäftsstelle ausgeliehen werden. Wir bitten um rechtzeitige Reservierung, da wir derzeit von je-



Die Galerie der Jugendfotos der CDU-Spitzenpolitiker vor dem Parteitagstand der Bundesgeschäftsstelle

dem Motiv nur eine Stellwand besitzen.

■ Postkarten-Set

Beim Bertelsmann-Verlag (arvato) kann ein Postkarten-Set mit allen Motiven bestellt werden. Bestell-Nr. 9339, 10 Sets kosten 11,50 Euro zzgl. Mehrwertsteuer. Bestelldaten siehe Seite 7.

■ Anzeigen

Alle Motive stehen auf Anfrage auch als druckfähige Datei zur Verfügung. Für Anzeigen in CDU-internen Publikationen hat die Bundesgeschäftsstelle die Bildrechte erworben. Für Anzeigen in Zeitungen, Magazinen, etc. müssen bei sechs Motiven (Angela Merkel, Ole von Beust, Roland Koch, Ursula von der Leyen, Peter Müller, Annette Schavan) die Bildrechte separat bei den Fotografen/Agenturen eingekauft werden. Eine Liste mit den Ansprechpartnern stellen wir gerne bereit.

■ Internetbanner und „Loop“

Die Webmaster finden im CDUnet ein entsprechendes Banner. Darüber hinaus stellen wir auf Anfrage für Veranstaltungen einen „Loop“ (Präsentationsfilm) zur Verfügung, bei



Generalsekretär Ronald Pofalla stellt die neuen Motive zur Mitgliederwerbe-Kampagne vor.

dem die Motive auf einem Bildschirm in einer Endlosschleife laufen.

Wenn Sie die genannten Service-Angebote in Anspruch nehmen wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail an: mitgliederwerbung@cdu.de.

Rund um die Kampagne

Die **Ideenbörse** zur Mitgliederwerbekampagne ist online: Im Mitgliedernetz (www.cdunet.de) finden Sie ab sofort auf der Kampagnenseite „Farbe bekennen. Mitglied werden“ pfiffige Vorschläge und Konzepte von Verbänden, die bereits erfolgreiche Aktionen durchgeführt haben. Frei

nach dem Motto „Man muss das Rad nicht immer neu erfinden“, können auch Sie uns gerne Ihre Ideen zukommen lassen. So können auch andere Verbände davon profitieren (Kontakt: mitgliederwerbung@cdu.de).

Freunde der CDU steht als Informationsquelle nach wie vor das Internetportal www.mitglied-werden.cdu.de zur Verfügung.

Die Mitgliederwerbekampagne soll fortlaufend um neue Elemente ergänzt werden. Anfang des nächsten Jahres wollen wir uns vor allem mit der Frage beschäftigen, wie insbesondere Junge und Frauen angesprochen und für eine CDU-Mitgliedschaft gewonnen werden können. Denn gerade bei diesen Zielgruppen

hat die CDU noch großen Nachholbedarf: Das Durchschnittsalter unserer Mitglieder liegt bei knapp 56 Jahren, nur 5 Prozent sind unter 30 Jahre alt und nur ein Viertel der Mitglieder sind Frauen. Deshalb werden wir 2007 sehr eng mit unseren Bundesvereinigungen zusammenarbeiten.



Jahre bekommen, Mitglied werden



SCHULUNGSVERANSTALTUNGEN

07.10.2006	Hamburg	✓
20.10.2006	Baden-Württemberg I	✓
26.10.2006	Nordrhein-Westfalen I	✓
27.10.2006	Nordrhein-Westfalen II	✓
10.11.2006	Baden-Württemberg II	✓
18.11.2006	Niedersachsen/Braunschweig/Oldenburg	✓
07.12.2006	Hessen	✓
09.12.2006	Rheinland-Pfalz/Saarland	✓
27.01.2007	Sachsen-Anhalt/Sachsen/Thüringen	
29.01.2007	Mecklenburg-Vorpommern/Berlin/Brandenburg	

Uhrzeiten und Orte der Veranstaltungen entnehmen Sie bitte der ständig aktualisierten Liste im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de. Dort finden Sie auch weitere Informationen zur Mitgliederwerbekampagne.

Als weiteren Service bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle Schulungsveranstaltungen zur Mitgliederwerbung an. Erste Schulungsveranstaltungen fanden bereits statt, auf denen Aktionsbeauftragte, Botschafter und Interessierte an der Mitgliederwerbung

durch Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle über die aktuelle politische Lage und die Durchführung der Kampagne informiert und durch einen professionellen Rhetoriktrainer in der Führung von Werbegesprächen geschult wurden.

Postkartenset – Mitgliederwerbung – 18 Postkartenmotive

Bestell-Nummer: **9339**
 Preis je **10 Sets: 11,50 €**
 Preis inkl. MwSt.: 13,34 €

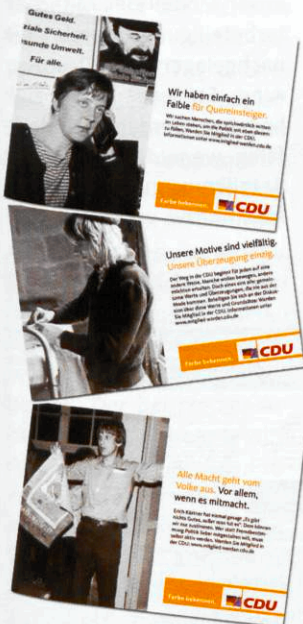
BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 CDU-Kundenbetreuung
 Telefax 05241-8094165

E-Mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

Nutzen Sie auch unseren E-Shop unter www.cdunet.de



Ronald Pofalla

Mitarbeiterbeteiligung macht Arbeitsplätze sicherer

Zum Konzept der CDU für Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital erklärte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla:

Die CDU bekennt sich mit ihrem Vorschlag zum sogenannten Investivlohn zur Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wir haben auf dem CDU-Bundesparteitag in Dresden ein Konzept für Mitarbeiterbeteiligung beschlossen, dass die Teilhabe der Beschäftigten an Gewinn und Kapital ihres Unternehmens auf wettbewerbsverträgliche Weise gewährleistet. Nach den Diskussionen der letzten Tage sehen wir die Chance, dass das Modell im nächsten Jahr gesetzgeberisch umgesetzt werden kann.

Dabei legen wir Wert darauf, dass Mitarbeiterbeteiligung nur freiwillig vereinbart werden kann. Gesetzlichen oder tariflichen Zwang lehnen wir ab. Um das mögliche „doppelte Risiko“ Geldanlage in Form der Mitarbeiterbeteiligung und Arbeitsplatzrisiko beim gleichen Unternehmen zu verringern, gibt es durchaus



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

Möglichkeiten, Ausfallrisiken abzusichern. Im Übrigen zeigt die betriebliche Praxis, dass Unternehmen mit einer Mitarbeiterkapitalbeteiligung seltener scheitern, da sie wettbewerbsfähiger sind. Der Investivlohn kann also Arbeitsplätze sicherer machen. Gleichzeitig

halten wir Mitarbeiterbeteiligung auch für ein wichtiges zusätzliches Instrument der Altersvorsorge, weil es die Bildung von privatem Eigentum fördert. Privates Eigentum stärkt die Unabhängigkeit des Einzelnen für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung und hilft nicht zuletzt für die Zeit nach dem Erwerbsleben zusätzliche finanzielle Vorsorge zu treffen.

Finanziell attraktiv wird unser Modell der Mitarbeiterbeteiligung durch die nachgelagerte Besteuerung: Steuern und Sozialbeiträge werden erst dann fällig, wenn die vereinbarte Beteiligung zur Auszahlung kommt bzw. verkauft wird.

PARTEITAGSBESCHLÜSSE

Den Beschluss des Dresdner Parteitags „Soziale Kapitalpartnerschaft – für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital.“ finden Sie wie alle weiteren Beschlüsse im Innenenteil dieses Heftes oder auf den Parteitagsseiten im Internet unter <http://www.dresden2006.cdu.de>.



Volker Kauder

Wir wollen die Aufstiegsgesellschaft

Auf dem CDU-Bundesparteitag in Dresden habe ich über die Arbeit unserer Fraktion nach einem Jahr Großer Koalition berichtet.

Obwohl die Große Koalition keine Wunschkonstellation ist, war dieses Jahr ein erfolgreiches Jahr für Deutschland. Die Tatsachen sprechen für sich: Es wird wieder investiert. Die Unternehmen haben wieder Vertrauen gefasst in den Standort. Die Zahl der Arbeitslosen ist um mehr als eine halbe Million zurückgegangen. Jeden Tag entstehen 1000 neue Arbeitsplätze – noch vor einem Jahr wurden 1000 Arbeitsplätze pro Tag abgebaut! Die Bundesagentur für Arbeit meldet 806000 offene Stellen; auch ältere Arbeitnehmer haben zunehmend wieder Chancen. Der Bundeshaushalt ist wieder verfassungsgemäß. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird Anfang 2007 um 2,3 Prozentpunkte gesenkt. Eine solche Senkung von Lohnzusatzkosten auf einen Schlag hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Das sind unsere Erfolge.



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Für mich ist es sehr wichtig, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Es ist Aufgabe der Politik, Antworten auf die Fragen der Zeit zu geben. Der politische Gestaltungsanspruch der Union ruht dabei fest auf dem Fundament des christlichen Menschenbildes. Danach ist der Mensch zur Freiheit berufen und nicht zur Gängelung. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft fortentwickeln unter den Bedingungen der Globalisierung, Bildung und Forschung sind unser Kapital. Entbürokratisierung und die weitere Stärkung unseres Standorts sind wichtige Voraussetzungen für eine gute Zukunft. Wir wollen

eine Gesellschaft, die frei und gerecht ist. Eine Gesellschaft, die nicht ausschließt, sondern Chancen eröffnet. Eine Gesellschaft, die niemanden ins Bodenlose fallen lässt. Eine Gesellschaft, in der sich Leistung lohnt. Eine Gesellschaft, die Aufstieg ermöglicht und nicht den bisherigen Status zementiert. Eine Gesellschaft, die Freiräume schafft und die zusammenhält, die Zukunft nicht verbraucht, sondern möglich macht. Wir wollen die Aufstiegsgesellschaft. Eine solche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der die Menschen Arbeit haben. Aber: Arbeit schafft man nicht durch Sozialtransfers. Und mit Solidarität hat die Abhängigkeit von Transfers auch nichts zu tun. Wir müssen Subsidiarität wieder als Sicherung verantworteter Freiheit begreifen. Und wir müssen sozialpolitische Solidarität klar an das Kriterium der Bedürftigkeit binden. Und das heißt: Gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit. Deshalb bleibt der Satz gültig: „Sozial gerecht ist, was Arbeit schafft.“

Bremen

Röwekamp als Spitzenkandidat gewählt

Der Bremer Innen- und Sportsenator Thomas Röwekamp wird die Bremer CDU in die Wahlen zur Bürgerschaft führen.

Dies beschloss die Delegierten eines außerordentlichen Landesparteitages mit übertragender Mehrheit. Vor 200 Delegierten und mehr als 100 Gästen aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Inneres und Soziales sprach sich Thomas Röwekamp für die Fortsetzung der seit 1995 in Bremen regierenden Großen Koalition mit einer starken CDU aus. Röwekamp warnte gerade mit Blick auf die Verhandlungen des Landes mit Bund und Ländern über die zweite Stufe der Föderalismusreform eindringlich vor rot-grünen Experimenten, die die Zukunft Bremens aufs Spiel setzen würden. „Bremen muss seinen erfolgreichen Sanierungskurs fortsetzen und braucht dafür eine starke Regierung – wer die Große Koalition will, muss am 13. Mai 2007 CDU wählen“, betonte Thomas



Der Landesvorsitzende der Bremer CDU, Bernd Neumann, und Spitzenkandidat Thomas Röwekamp.

Röwekamp. Thematisch will Thomas Röwekamp – auch und gerade mit Blick auf den tragischen Tod des zweijährigen Kevin in Bremen – verstärkt die soziale Kompetenz der CDU in den Fokus rücken. Die CDU wer-

de mit ihren christlichen Werten und Auffassungen dafür sorgen, dass in der Sozialpolitik wieder die richtigen Prioritäten zugunsten der sozial Schwachen gesetzt werden. In diesem Zusammenhang sprach sich der Bürgermeister für verpflichtende Vorgesorgeuntersuchungen von Kleinstkindern ebenso aus wie für einen starken Staat in der Drogenpolitik. „Die Sozialdemokraten haben die Themen der sozialen Gerechtigkeit keineswegs gepachtet“, so Röwekamp.

SACHSEN-ANHALT: THOMAS WEBEL IM AMT BESTÄTIGT

Thomas Webel heißt der alte und neue Landesvorsitzende der CDU in Sachsen-Anhalt. Als Stellvertreter wählte der 17. Landesparteitag Reiner Haseloff, Uda Heller und Thomas Leimbach. Im Amt als Landesschatzmeister wurde Karl Gerhold bestätigt.



Thomas Webel

Der Landesparteitag verabschiedete zudem den Leitantrag „Hallesche Erklärung“, welcher sich mit dem demografischen Wandel in den Städten Sachsen-Anhalts befasst.

Hessen

Auf die Herausforderung der Zukunft gut vorbereitet

Wie soll Hessen im Jahr 2020 aussehen?

Um eine Vision für die nahe Zukunft zu entwickeln, hatte die hessische CDU zu einem Zukunftskongress in die Alte Oper in Frankfurt eingeladen. „Unser Auftrag ist es, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes dauerhaft zu sichern“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christean Wagner, vor 450 Zuhörern, die der Einladung zu dem Kongress „Perspektive Hessen 2020 – Wir gestalten Zukunft“ gefolgt waren. Diese Verantwortung habe die CDU-Landtagsfraktion nicht zuletzt 2003 in ihrem Regierungsprogramm verdeutlicht. Es sei ein ehrgeiziger Anspruch, auch weiterhin als „bestimmende Kraft in Hessen die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen“.

Koordinatensystem

„Die CDU hat das nötige Koordinatensystem für die Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben. Wir reden über Inhalte, unsere Konkur-



Christean Wagner

renten reden über Personen“, sagte Ministerpräsident Roland Koch in seiner Rede auf dem Zukunftskongress. Die Aufgabe der Landesregierung sei es, eine optimale Infrastruktur in den Bereichen Sicherheit, Verkehr und Bildung für die erfolgreiche Zukunft Hessens bereitzustellen. Auf dem Gebiet der Sicherheit sei Hessen bundesweit bereits Spitze – der Aufklärungsrekord der hessischen Polizei im vergangenen Jahr sei dafür der beste Beleg.

Infrastruktur

Als zentraler Knotenpunkt eines weltweiten Ver-

kehrnetzes steht Hessen insbesondere im Flugverkehr im internationalen Wettbewerb. „Wer den Flughafen ausbauen in Frankfurt nicht will, muss den Menschen klar sagen, dass es dann in Europa künftig einen bedeutenden Knotenpunkt weniger geben wird. Ohne den Ausbau des Frankfurter Flughafens würde der Luftverkehr nicht mehr in Hessen, sondern beispielsweise in Dubai abgewickelt – mit massiven Folgen für Arbeitsplätze. Wir wollen und werden die Chancen nutzen, die der Ausbau des Drehkreuzes Frankfurt für die Region und Hessen bietet.“

In seiner Rede bekannte sich Ministerpräsident

Koch auch zur Profilierung eigenständiger Schulzweige und sprach sich für den Ausbau von Angeboten zur Ganztagsbetreuung aus. „Die duale Berufsausbildung kann es in ihrer Qualität mit jedem amerikanischen College aufnehmen. Unsere Ausbildung zum Gesellen und Meister ist international wettbewerbs-

fähig und verschafft uns auf vielen Feldern sogar einen Wettbewerbsvorsprung“, betonte der Ministerpräsident. Eine Vereinheitlichung der schulischen Ausbildung sei keine passende Antwort auf die Erfordernisse von individueller Profilierung und Differenzierung. Gerade Schulzweige, die praktisch begabten

Schülern die Chance geben, ihre Begabungen auszuleben und damit Erfolgserlebnisse zu erlangen, müssten konsequent weiterentwickelt werden. „Wir wollen bei der Entwicklung der Ganztagsangebote einen eigenen Weg, der auch die ehrenamtliche Jugendarbeit in den Vereinen integriert.“

DEUTSCHLANDRAT DER JUNGEN UNION

Ganz im Zeichen der Grundsatzprogramm-Diskussion, die die CDU Deutschlands gerade führt, stand die dritte Sitzung des Deutschlandrates der Jungen Union.

Die Delegierten des zweithöchsten Beschlussgremiums der Jungen Union verabschiedeten zu diesem Thema das Papier „Die Junge Union in der Grundsatzprogramm-Debatte“. Darin heißt es, dass die CDU sich zu ihren christlichen Wurzeln bekennen und sich wieder stärker als gesellschaftlich prägende Partei positionieren müsse. Dabei werde sich die JU als Anwalt der jungen Generation vor allem in der Gesellschaftspolitik, beim Thema Generationengerechtigkeit und der Weiterentwicklung der



Philipp Mißfelder, JU-Bundesvorsitzender, bedankt sich bei Horst Seehofer

Sozialen Marktwirtschaft einbringen.

Als Gast begrüßte der Deutschlandrat Horst Seehofer. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz referierte über die Herausforderung für die Union, dauerhaft wieder mehr Zustimmung in der Bevölkerung zu erhalten. Es

müsse das Ziel der Union als Volkspartei sein, stets mehr als 40 Prozent der Stimmen zu erreichen, weil dies die Koalitionsbildung erleichtere. „Ich plädiere daher für eine große inhaltliche und personelle Breite innerhalb der Union, um unsere politische Handlungsfähigkeit zu bewahren“, so Seehofer.

Marie-Luise Dött

Nachhaltigkeit – Die begrüßenswerte Inflation eines Begriffs

„Meinen Kindern soll's mal besser gehen als mir.“

Diesen Ausspruch unserer Eltern und Großeltern haben viele von uns noch gut in Erinnerung. Er war aus der Erfahrung der Kriege in Europa und den damit verbundenen Hunger- und Notjahren entstanden. Gemeint war, dass wir Kinder in Frieden, sozialer Sicherheit und Wohlstand leben sollten. Dafür haben unsere Eltern und Großeltern viel getan. Sie haben uns auf weiterführende Schulen geschickt, haben Eigentum gebildet, Häuser gebaut und Wohnungen gekauft, sie haben gespart. All dies natürlich, um sich selbst abzusichern, aber eben auch, damit es uns Kindern einmal besser geht. Im Kern hat die Generation unserer Eltern und Großeltern hinsichtlich der sozialen Sicherung ihrer Kinder damit nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit gehandelt. Sie hat



Marie-Luise Dött

nicht nur die Zukunftschancen ihrer Nachkommen nicht eingeschränkt, sondern die Perspektiven ihrer Kinder für eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand verbessert. Was dann durch unvernünftige Politik häufig daraus gemacht wurde, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wird oft kritisiert, manchmal sogar belächelt. Er sei unklar, nebulös, schwer zu erklären, abgehoben, verstaubt, unmodern

usw. Alles dies ist in meinen Augen völlig falsch und zeugt eher davon, dass die Kritiker vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen. Es ist so einfach: Meinen Kindern soll's mal besser gehen als mir. Nicht mehr und nicht weniger. Sie sollen mindestens so friedlich leben wie wir, hoffentlich noch friedlicher. Sie sollen in sozialer Sicherheit und Wohlstand leben. Sie sollen in einer intakten Umwelt leben, mit klarem Wasser und sauberer Luft, ohne Angst vor menschengemachten Naturkatastrophen und Klimawandel. Und sie sollen mindestens die gleichen Chancen für eine gedeihliche Entwicklung in die Zukunft haben wie wir. Das ist alles so selbstverständlich, dass man sich fast scheut, darüber überhaupt zu sprechen.

Aber wir müssen darüber sprechen, denn ganz offensichtlich sind wir in

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Deutschland, in der Europäischen Union und erst recht bei globaler Betrachtung weit von Nachhaltigkeit entfernt. Wenn wir so weiter machen wie bisher, dann werden es unsere Kinder in vielerlei Hinsicht einmal schlechter haben als wir. Und – vielleicht noch schlimmer – wir werden ihnen die Möglichkeiten, die Zukunft nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, zumindest sehr stark einengen, wenn nicht sogar nehmen. Wenn unsere Kinder es einmal besser haben sollen als wir, dann bleibt uns nur ein Weg: Deutschland muss sich zu einer nachhaltigen Gesellschaft entwickeln und wir

müssen uns viel stärker international engagieren, damit dieses Prinzip überall zum Leitprinzip des Denkens und Handelns wird.

Deshalb unterstütze ich auch die Initiative der Jungen Gruppe im Deutschen Bundestag, Generationengerechtigkeit als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Generationengerechtigkeit ist Ausdruck des Prinzips der Nachhaltigkeit.

Es ist sehr zu begrüßen, dass die Bundesregierung einen Nachhaltigkeitsrat eingerichtet hat, der sogar direkt beim Bundeskanzleramt verankert ist. Auch gibt es einen Beirat für Nachhaltigkeit beim Bundestag.

Bei aller Kritik im Detail halte ich diese Gremien für sinnvolle Einrichtungen und könnte mir vorstellen, dass auch in den Ländern und den Kommunen ähnliche Strukturen entstehen.

Nachhaltigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Bereiche des Lebens und Wirtschaftens durchdringen muss. Oft wird das Prinzip aber nur mit der Umweltpolitik in Verbindung gebracht und dann ganz schnell in eine grüne Ecke gestellt, in die es aber nicht gehört.

Marie-Luise Dött ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

EAK SETZT SIGNAL FÜR DEN SONN- UND FEIERTAGSSCHUTZ

Auf Antrag des Evangelischen Arbeitskreises fasste der 20. Bundesparteitag der CDU Deutschlands einen Beschluss zum konsequenten Schutz des Sonn- und Feiertags.

Der Bundesvorsitzende des EAK und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Rachel, kritisierte in Dresden in scharfer Form die jüngsten Ausweitungen der Ladenöffnungszeiten an Adventssonntagen in Berlin, Sachsen und Brandenburg:

„Wer den Sonntag antastet, auch mit dem Argument von Umsatz und Arbeitsplätzen, stößt die Tür auf zur völligen Ökonomisierung aller menschlichen Lebensbereiche.“

Der Sonntag als Tag des Gottesdienstes und des Schutzes für Familien und Arbeitnehmer ist für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar. Die CDU Deutschlands legt mit



Thomas Rachel

ihrem Dresdener Beschluss zum Sonn- und Feiertagsschutz ein eindeutiges Bekenntnis zum konsequenten Schutz der christlichen

Feiertagskultur in unserem Land ab.“

Zusammen mit dem EAK setzte sich auch die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) für ein klares und eindeutiges Signal gegen die weitere Aushöhlung der allgemeinen Sonntagsruhe ein.

Endlich wirksamer Schutz für „Stalking“-Opfer

CDU und CSU fordern seit Jahren, Stalking-Opfer besser als bislang zu schützen. Dies war bisher am hartnäckigen Widerstand der anderen Parteien gescheitert.

Die jetzt erzielte Einigung ist als großer rechtspolitischer Erfolg der Union zu werten. Stalking, also die fortgesetzte Verfolgung, Belästigung und Bedrohung einer anderen Person gegen deren Willen, wird in unserer Rechtsordnung jetzt endlich ernst genommen. Die Zeiten, in denen diese Form der Kriminalität als „Kavaliersdelikt“ betrachtet wurde, sind vorbei.

Der durch das Stalking-Bekämpfungsgesetz geschaffene eigene Straftatbestand wird Signalwirkung haben. Durch das Gesetz werden neue Möglichkeiten eröffnet, Stalking-Opfer besser als bisher zu schützen. Die nach geltendem Recht bestehenden erheblichen Strafbarkeitslücken sind geschlossen. So waren bislang etwa ständige Verfolgung und Telefonterror, die noch nicht nachweislich zu körperlichen Schäden ge-



Jürgen Gehb

führt haben, strafrechtlich nicht bekämpfbar. Die bestehenden zivilrechtlichen Schutzanordnungen des Gewaltschutzgesetzes konnten hier keine Abhilfe schaffen. Das Opfer musste zunächst vor einem Zivilgericht eine Unterlassungsverfügung erwirken. Erst wenn der Stalker dagegen verstieß, machte er sich nach bisher geltendem Recht strafbar. Vorher konnten die Strafverfolgungsbehörden nicht tätig werden.

Deshalb war es wichtig, dass es in den Verhandlungen der Koalitionspartner gelungen ist, die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe der Bundesregierung und des Bundesrates in wesentlichen Punkten zusammenzuführen. Dabei konnten wesentliche rechtspolitische Anliegen der Union – auch der von CDU und CSU regierten Länder – durch-



Ute Granold

gesetzt werden. So werden nicht mehr nur, wie dies im Gesetzentwurf der Bundesjustizministerin vorgesehen war, Fälle des besonders schweren Stalking, sondern sämtliche Fälle des Stalking sachgerecht erfasst. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, dass über den Grundstrafrahmen hinaus für schwerere Fälle des Stalking auch höhere Strafen vorgesehen sind. In besonders schweren Fällen besteht nunmehr sogar die Möglichkeit, den Täter rechtzeitig in Haft zu nehmen (sog. Deeskalationshaft). Mit diesem lange erwarteten Gesetz wird es möglich sein, den Betroffenen und der Praxis wirksam zu helfen.

Jürgen Gehb ist der rechtspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, **Ute Granold** ist zuständige Berichterstatterin im Rechtsausschuss.

Bürokratieabbau geht weiter

Wie angekündigt legt der Bundeswirtschaftsminister vor Ende dieses Jahres den Entwurf eines Zweiten Mittelstandsentlastungsgesetzes vor, nachdem bereits am 22. August 2006 das Erste Mittelstandsentlastungsgesetz in Kraft getreten ist.

Unnötige Bürokratie und Überregulierung behindern unternehmerisches Engagement und wirtschaftliche Dynamik. Vor allem kleinere Betriebe sowie Existenzgründer sollen mit diesem Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit von bürokratischen Lasten befreit werden. Die Maßnahmen reichen von der Ein-

schränkung der Reisegeberbekanntmachungspflicht über die Abschaffung der Doppelprüfung bei der Betriebsprüfung bis zum Wegfall von Meldepflichten nach der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung.

Besonders wichtig ist die geplante Änderung bei den Bundesstatistikpflichten für Existenzgründer. Diese können von diversen statisti-

IWF SOLL SICH AUF KERNAUFGABEN KONZENTRIEREN

Die künftige Rolle und interne Struktur des Internationalen Währungsfonds waren Gegenstand einer gemeinsamen Anhörung der Arbeitsgruppen Finanzen sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Bundestagsfraktion, zu dem der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Michael Meister, und der Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Christian Ruck, eingeladen hatten.

Im Rahmen dieser Veranstaltung stellte der ehemalige Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Prof. Siebert, seine im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington erstellte Studie zur Reform des IWF der Bundes-

tagsfraktion vor. In der Studie konstatiert Siebert, dass die strukturellen Veränderungen des internationalen Finanzsystems und der Aufstieg wirtschaftsstarker Schwellenländer eine inhaltliche und organisatorische Neuaufstellung des IWF erfordern würden. Der Einfluss und die Pflichten der führenden Wirtschaftsnationen seien neu zu justieren, um die globale Verantwortung gerecht zu bemessen. Dazu solle auch eine neue Stimmenverteilung vereinbart werden.

Die Entwicklungspolitik der Bundestagsfraktion wiesen darauf hin, dass sie seit langem eine klare Arbeitsteilung und Straffung der internationalen Organisationen fordern. Eine deut-



Michael Meister



Christian Ruck

liche Definition der Aufgabe des IWF sei ein wichtiger und nötiger Schritt in diese Richtung. Dabei sei nach Einschätzung der Unionsfraktion vor allem die Abgrenzung des IWF gegenüber der Weltbank unverkennbarer zu gestalten. Ihre Tätigkeitsfelder würden sich zunehmend mit denen des IWF überschneiden.

Die originäre Aufgabe des IWF sei in erster Linie die Bewahrung der Stabilität des Währungssystems und die Verhinderung der Ausweitung nationaler Währungskrisen. Diese Auf-

schen Berichtspflichten in den ersten drei Jahren entlastet werden. Für die Berichtskreise der Dienstleistungs- und der Handwerksstatistik wurde das Freistellungskriterium so gefasst, dass Einnahmen aus selbstständiger Arbeit berücksichtigt werden.

In zahlreichen Rechtsbereichen werden durch technische bzw. wirtschaftliche

Entwicklung überholte oder in ihrer Handhabung nicht mehr zeitgemäße Regelungen reduziert und den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Unnötige Vorschriften werden zugleich abgebaut.

Es ist gut, dass es mit dem zähen Kampf gegen Bürokratie voran geht. Der Abbau von bürokratischen Hemmnissen muss sich wie

ein roter Faden durch die gesamte Regierungsarbeit der Großen Koalition ziehen. Daher ist auch der neue Normenkontrollrat eingerichtet worden, der mittlerweile ein strenges Prüfraster über neue und bestehende Gesetze legt. Auch alle anderen Ressorts sind aufgefordert, ein Entlastungsgesetz aus ihrem Bereich vorzulegen.

gabe solle auch künftig nicht an Bedeutung verlieren. Der IWF habe sich jedoch in den letzten Jahren mit Instrumenten wie der Armuts- und Wachstumsfazilität zunehmend in entwicklungspolitischen Programmen engagiert. Damit wachse die Schwierigkeit der Überschneidung von Zuständigkeiten und des Aufbaus von Parallelstrukturen bei IWF und Weltbank. Diese Entwicklung könnte Gefahr laufen, die internationalen Bemühungen zur Steigerung der Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit und des Ausbaus arbeitsteiliger Strukturen – ausgedrückt in der Erklärung von Paris – zu konterkarieren. Durch parallele Programme von IWF und Weltbank würden zudem die Kapazitäten der

Empfängerländer deutlich beansprucht und der effiziente Einsatz der Mittel der internationalen Zusammenarbeit in Frage gestellt.

Durch die Globalisierung der Finanzmärkte seien künftige Währungskrisen weiterhin nicht unwahrscheinlich, so Prof. Siebert. Die starke Vernetzung und Verflechtung führe dazu, dass die Auswirkungen solcher Krisen ebenfalls zunehmend globale Auswirkungen haben können. Deshalb schlage er eine klare Aufgabentrennung vor: Die Weltbank solle sich auf den Aufbau der wirtschaftlichen Entwicklung, der IWF auf die Überwachung und Korrektur der nationalen Währungssysteme und die Balance des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts konzentrieren. Dazu solle der

IWF seine Instrumente für die Prävention von Währungskrisen durch Ausbau seiner ex-ante-Analysekapazitäten schärfen, um durch frühzeitige Beratungsmaßnahmen das Entstehen von Währungskrisen verhindern oder schnelle und wirksame Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Die Fraktionsvertreter sahen sich bestätigt, dass die Weltgemeinschaft sich zügig über die künftige und zukunftsweisende Rolle des IWF verständige müsse. Aus der Tatsache, dass Deutschland zu den wichtigsten Anteilseignern des IWF gehöre, ergäbe sich nicht nur das Recht, sondern auch im eigenen Interesse die Pflicht, deutliche Akzente zu setzen und globale Verantwortung zu übernehmen.



Michael Fuchs

Bürokratie ist und bleibt eine der Hauptbelastungen der Wirtschaft, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Daher ist es weiter unsere Pflicht der Wirtschaft mit jedem neuen Gesetzentwurf zu signalisieren, die Unternehmen können sich hierbei auf die Bundesregierung verlassen.

Michael Fuchs ist Vorsitzender des Parlamentskreis Mittelstand der Bundestagsfraktion.



Einvernehmen gegen EU-Steuern

Die EU soll auch künftig keine eigenen Steuern erheben dürfen. Darin waren sich Abgeordnete aus den Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten bei der Konferenz zur „Zukunft Europas“ einig. Die Erhebung von Steuern muss in der



Michael Stübgen

Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben und darf nicht der Kontrolle durch die nationalen Parlamente entzogen werden.

In großer Übereinstimmung plädierten die Abgeordneten dafür, die Eigenmittel der EU stärker am Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedstaaten zu orientieren. Das wird allgemein als der sinnvollste Weg erachtet, Beitragsgerechtigkeit zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Die Berechnung der BIP-Eigenmittel muss jedoch einfacher gestaltet und transparenter werden. Insbesondere müssen technische Unzulänglichkeiten bei der Ermittlung des BIP in einigen Mitgliedstaaten überwunden werden.

Einvernehmen bestand schließlich auch darüber, dass die Reform der EU-Finanzmittel zunächst an einer Überprüfung der Ausga-



Thomas Silberhorn

ben der EU ansetzen muss. Es ist erfreulich, festzustellen, dass die Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Reform der EU-Finanzien bei den Abgeordneten nahezu aller Mitgliedstaaten auf breite Unterstützung stoßen.

Michael Stübgen ist europapolitischer Fraktions-sprecher, **Thomas Silberhorn** europapolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe.



Klare Signale für Forschung und Innovation

Erklärung zum Bundesbericht Forschung 2006 durch das Bundeskabinett:

■ Kapital für Köpfe: Die Investitionen im Bereich Bildung und Forschung steigen auch im nächsten Jahr weiter an. Der Aufwuchs von über 600 Millionen Euro für das Jahr 2007 in For-

schung und Entwicklung sind ein deutliches Zeichen der Bundesregierung, den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland zu stärken.

■ **Konzepte:** Deutschland braucht dringend eine Innovationspolitik, in der alle Elemente von beruflicher Bildung, Hochschulen, Forschung, Unternehmertum, rechtlichen Rahmenbedingungen und innovationsfreundlichem gesellschaftlichen Klima vertreten sind.

■ **Klima:** Es muss uns gelingen, ein positives Bild von unserem Land zu zeichnen und ein Klima der Freiheit und des Vertrauens zu schaffen. Forschung lebt von Freiheit, Neugier und Experimentierlust. Das Schüren von Ängsten und Forschungs- und Technologieblockaden aus ideologischen und wahltaktischen Gründen, wie dies z. B. bei der Biotechnologie geschehen ist, bedeutet einen enormen Schaden für den Forschungsstandort Deutschland. Gerade Forschungsfelder wie die Biotechnologie und Nanotechnologie müssen weiter vorangetrieben werden. Innovationen in der Biotechnologie schaffen wettbewerbsfähige Produkte für einen internationalen Markt und zukunftssichere Ar-



Katherina Reiche



Ingrid Fischbach

beitsplätze. Experten rechnen damit, dass der Weltmarkt für Biotechnologieprodukte weiterhin im zweistelligen Prozentbereich wachsen wird

Katherina Reiche ist Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion.

Papst-Forderung – ein deutliches Signal

Papst Benedikt XVI. hat sich während seines Besuchs in der Türkei als echter „Brückenbauer“ ausgezeichnet. Der Pontifex der katholischen Kirche hat deutlich gemacht, dass der friedliche Dialog der Glaubensgemeinschaften eine gute Ausgangsbasis für einen fruchtbaren interreligiösen Dialog ist. Die ausdrückliche Ablehnung von Gewalt im Namen der Religion untermauert dieses Bestreben.

Dabei unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausdrücklich die Annahme des Papstes nach Religionsfreiheit in der Türkei – gerade angesichts der zur Zeit stattfindenden Diskussionen über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei. Die türkische Verfassung erkennt das Recht aller Bürger auf Freiheit des Kultus an, weshalb die Behörden auch verpflichtet sind, die tatsächliche Freiheit aller Gläubigen zu garantieren. Deshalb muss die Religions- und Gewissensfreiheit auch in der Praxis respektiert werden. Die deutlichen Worte des Papstes ermutigen, die Durchsetzung der Rechte religiöser Minderheiten weiterhin einzufordern.

Ingrid Fischbach ist die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der Bundestagsfraktion.

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Schlüsselband „CDU/Deutschlandfahne“

Hochwertiges Band mit CDU-Logo-Webung
Metalllabel mit Deutschlandfahne, Band durch
Kunststoff-Schnappverschluss trennbar,
Karabiner, Splitring und Handyschlaufe

Bestell-Nummer: **9330**

Preis je **10 Stück: 31,00 €**

inkl. MwSt.: 35,96 €

Bestell-Nummer: **9330 A**

Preis je **1 Stück: 3,50 €**

inkl. MwSt.: 4,06 €



Feuerzeug „CDU/Deutschlandfahne“

Bestell-Nummer: **9506**

Preis je **50 Stück: 22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 0 52 41-8 09 41 65

E-Mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

**Nutzen Sie auch unseren
E-Shop unter
www.cdunet.de**